

Tabak-Arbeiter

Nr. 52 / Bremen, den 24. Dezember 1927

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Gelbfennig ohne Frangobahn. — Anzeigenpreis 50 Gelbfennig für die obererste Spalte. — Inhalt der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abends. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalz & Co. — Sitz: Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Am Roland 8046. — Geld- und Einlieferungsstellen an Johannes Krohn. — Postfachkonto 5349 beim Postamt Hamburg. — Dankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank Deutsche Kontowert m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandssekretär: E. Schone, Hamburg. — Verbandsbibliothek 57, Zimmer 45/46

Weihnachten

„Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!“ Seitdem diese Worte den Inhalt des Weihnachtsfestes bilden, hat es immer Menschen gegeben, die sie als hohl empfanden oder als eine Verhöhnung der bestehenden Zustände auffaßten. Blicken wir uns um auf den Erdenrund, so werden solche Zweifel auch dieses Mal wieder lebendig. Namentlich die Arbeiterschaft empfindet die Hohlheit dieser Worte und macht sich an diesem Fest der Liebe und des Friedens ihre eigenen Gedanken.

Die Arbeiterschaft der Kulturnationen besteht nicht mehr aus dumpf dahinbrütenden Sklaven, sondern aus denkenden Menschen, die durch die Schule des Gewerkschaftskampfes gegangen sind und durch diese aus der Tiefe seelischer Bedrücktheit herausgerissen wurden. Feste sind Ruhepunkte auf dem Lebenswege des Menschen. Gleich Heiligenbildern an Kreuzwegen sollen sie in unserem tiefsten Innern Gefühle zur Geltung bringen, die der rauhe Werktag nicht zur Entfaltung kommen läßt.

Das Weihnachtsfest ist einer dieser Ruhepunkte. Es soll ein Fest der Liebe und der Gemeinschaft sein. Vor allem ein Fest der Familie, wo jeder Mensch danach trachtet, seinem Nächsten eine Freude zu erweisen. Einzeln lebende Menschen fühlen niemals das traurige Einerlei so deutlich als an diesem Tage. In keiner Gesellschaftsschicht wurzelt der Mensch so in der Familie wie es bei der Arbeiterschaft der Fall ist. Leider wird dieses Familiengefühl, dieses Glück der kleinsten Gemeinschaft, durch eine dunkle Wolke überschattet. Es ist der grauenhafte Gedanke, daß in allen Kulturländern in Wirklichkeit zwei Nationen nebeneinander wohnen: die der Besitzenden und die der Besitzlosen, diejenigen, die das Leben mit vollen Zügen genießen können und diejenigen, welche von einem großen Teil der modernen Kultur ausgeschaltet sind und dauernd ausgeschaltet werden. Aber so muß es nicht sein. Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder. Und weil dies der Fall ist, wirkt in der Arbeiterschaft das lebendige Gefühl, daß keine Notwendigkeit besteht, zwei Nationen in jedem Lande nebeneinander leben zu lassen.

Weihnachten — das Fest des Friedens! Unserer Generation war es vorbehalten, den schrecklichen Krieg aller Zeiten zu erleben. Seit dieser Blutrausch vorüber ist, sollen Friedensengel durch die Länder schreiten. Das Nobelkomitee verteilt wieder Friedenspreise, und gerade in diesen Tagen sind an zwei aufrechte Jagdpreise verteilt worden. In Genf existiert der Völkerbund. Er soll dazu berufen sein, den Friedenszustand zu organisieren und dauernd zu erhalten. Doch schauen wir seine Arbeiten an, so gewahren wir das entgegengesetzte Wirken der Kräfte. Die letzte Ratstagung ist zu Ende. Es waren Konflikte erster Art auszutragen: die Kriegsgefahr zwischen Polen und Litauen. Die Gefahr ist vorläufig beschworen worden. Die Führer dieser beiden Staaten umarmten sich und gaben zum Schluß feierliche Erklärungen ab. Es ist sicher ein Fortschritt, wenn verantwortliche Personen zweier im Streit liegenden Länder vor ein öffentliches internationales Forum gezogen werden können, um sich dort zu verantworten und ihre Meinungen in Reden und Gegenreden auszutauschen. Doch ist die Kriegsgefahr im Osten nicht gebannt, was am besten aus dem Schluß des Berichtes des Völkerbundsrats hervorgeht: Der Rat erklärt, daß die vorstehenden Resolutionen in keiner Weise die Fragen berühren, über die zwischen beiden Regierungen, der polnischen und der litauischen, verschiedene Auffassungen bestehen.“

Aber auch aus einer anderen Tatsache wird es deutlich, daß der Völkerbund noch nicht so funktioniert wie er funktionieren

sollte; es sind die Beratungen der Abrüstungskommission. Sogar die Russen waren diesmal erschienen. Den salbungsvollen Reden in Genf sind keine Taten gefolgt. Im Gegenteil, als man über Frieden oder Abrüstung redete, fanden die Herbstmanöver statt. Und gerade diese ließen einen Einblick tun, daß selbst der grauenhafte Krieg von 1914-1918 gegenüber dem Maschinen- und Gaskrieg der Zukunft noch ein Kinderspiel war.

Wie sieht es nun in Deutschland selbst aus. Das hervorstechendste Merkmal der Jetztzeit sind die scharfen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Noch ist es ungewiß, wie der große Kampf in der Eisenindustrie beendet werden kann. Kapital und Arbeit stehen sich namentlich in der Schwerindustrie wie Feuer und Wasser gegenüber. Es wird gekämpft um die Freizeit derjenigen Leute, die bei glühendem Hellenfeuer jahrein, jahraus ihr Leben zu vollbringen haben, die den Urstoff der Wirtschaft, das Eisen, zu brauchbaren Produkten formen. Die Arbeiter dieser Industrie wollen nicht nur Sklaven der Hochöfen und Walzenstrahlen, sie wollen nicht nur Sklaven dieser toten Naturkräfte sein, die zyklopischen Kräfte der Technik mit Leben erfüllen, sondern sie wollen selbst leben, sie wollen sich als Menschen fühlen, die sich ihres Lebens erfreuen können. Möge dieser Kampf beendet werden wie er wolle, jedenfalls zeigen diese Massenkämpfe, daß die Seere der Arbeit und die Befehlshaber des Kapitals sich in schroffer Kampfstellung gegenüberstehen. Deshalb kann man das Weihnachtsfest 1927 als ein Kampfweihnachten bezeichnen und es wäre heuchlerisch, hier von Frieden oder von dem Wohlgefallen der Menschen zu reden.

Gerade wo diese Zeilen geschrieben werden, wird uns die Monatschrift der Vereinigten Stahlwerke A.-G. „Das Werk“ auf den Tisch gelegt. Das Heft wird mit einem Bild geschmückt, wo ein Fuhrmann nebst Pferd und Wagen durch den Schnee stapft, darunter steht ein Gedicht von Julius Otto Bierbaum „Der armen Kinder Weihnachtslied“. Darin heißt es:

Hört, schöne Herrn und Frauen,
die ihr im Lichte seid:
Wir kommen aus dem Grauen,
dem Lande Not und Leid;
weh tun uns unsere Füße
und unsere Herzen weh,
doch kam uns eine süße
Botschaft aus Eis und Schnee:
Es ist ein Licht erklommen,
und uns auch gilt sein Schein.
Wir haben's wohl vernommen;
das Christkind ist gekommen
und soll auch uns gekommen sein.

Klingt es nicht wie eine große Heuchelei, daß gerade dieses Werk ein solches Gedicht mit einem dazu gehörigen Bild veröffentlicht? Dieses Werk, welches der Haupttreiber dazu war, daß Hunderttausende auf das Pflaster gesetzt werden sollten, weil sie nach etwas mehr Lebensglück verlangten, weil sie aus dem Lande der Not und des Grauens kamen und dort nicht mehr länger bleiben wollten. Und dies ausgerechnet zu Weihnachten, dem Fest der Liebe. Wir rufen allen die es hören wollen zu: „Hört, schöne Herrn und Frauen, die ihr im Lichte seid, das Christkind ist gekommen und soll auch uns gekommen sein“. Dafür wollen wir wirken. Allen, auch den Ärmsten, soll das Christkind gehören sein. In Gestalt von mehr Lebensglück, mehr Teilhaftigkeit an den Gütern der Erde, mehr Freiheit und inneren Frieden. In dieser Hoffnung laßt uns Weihnachten feiern!



Zigarrenindustrie



Verurteilung der Aussperrungspolitik des R. d. Z.

In Nummer 50 der „Sozialen Praxis“ finden wir einen längeren Aufsatz, der sich mit der Entstehung und dem Verlauf der Aussperrung in der Zigarrenindustrie beschäftigt. Zur getroffenen Vereinbarung bemerkt sie:

Die Gewerkschaften haben also ihre Forderung auf sofortige Lohn-erhöhung — um die allein 10 Stunden verhandelt worden ist (Der Deutsche Nr. 284) — nicht durchsetzen können, haben aber immerhin ohne nochmalige Auseinandersetzung im nächsten Jahr und für einen Monat früher als der Tarifvertrag ursprünglich vorsah, eine Lohn-erhöhung erreicht, die ihrer Forderung ziemlich nahe kommt. Auf der anderen Seite hat der Reichsverband die Freiheit neuer Lohnverhandlungen nach Ablauf des Vertrags und die Dauer der Gültigkeit der jetzigen Löhne nicht halten können, vor allem aber sich gefallen lassen müssen, daß in dem verlängerten Vertrag die Möglichkeit einer Lohn-erhöhung von vornherein vorgezeichnet ist. Die Erhöhung der Löhne während der Laufzeit des Tarifvertrages, wegen deren Tarifwidrigkeit die Aussperrung mit verfügt worden ist, ist also im Prinzip in der neuen Vereinbarung anerkannt worden. Der Erfolg der Gewerkschaften, der vor allem prinzipieller Natur ist, ist nur erfreulich. Denn selbst wenn die Streiks in Leipzig und Breslau tarifwidrig waren, eine Lohnforderung als solche ist es nicht. Es ist ein unerhörtes Vorgehen, das im Interesse des Friedens zwischen den Parteien des Arbeitsmarktes gar nicht scharf genug verurteilt werden kann, auf geringfügige wilde Streiks, die übrigens nach un widersprochenen Meldungen nur 150 Arbeiter umfaßten, und auf angeblich „tarifwidrige“ Lohnforderungen mit einer Generalaussperrung zu antworten, ohne vorher alle Möglichkeiten zur Verständigung erschöpft zu haben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier mit einer beispiellosen Leichtfertigkeit ein Kampf vom Zaun gebrochen worden ist, der in den tatsächlichen Vorgängen nicht den Bruchteil ausreichender Begründung findet. Auf die Kampfart des R. d. Z. weist es übrigens auch ein eigentümliches Licht, daß er in einer Anweisung an seine Mitglieder z. B. vorschreibt: „Nach Abschluß der Aussperrung darf auf eine Zeit von acht Wochen keine Mitgliedsfirma einen Arbeiter einstellen, der zur Zeit des Aussperrungsbeginns bei einer anderen Mitgliedsfirma beschäftigt war, es sei denn, daß ein Einvernehmen zwischen den beiden Firmen herbeigeführt wird.“

Zum Schluß nimmt die „Soziale Praxis“ dann den Reichsarbeitsminister gegen den Vorwurf in Schutz, eine abwartende Haltung eingenommen zu haben. Doch das interessiert hier im Augenblick nicht. Bemerkenswert ist, wie die „Soziale Praxis“ die Vereinbarung vom 1. Dezember beurteilt und die Aussperrungspolitik des R. d. Z. verurteilt.

Stimmen aus Mitgliederkreisen

Einige Betrachtungen nach dem großen Ringen der deutschen Tabakarbeiter um ein menschenwürdiges Dasein

Von einem alten Kämpfer

Die ausgesperrten Zigarrenarbeiter kehrten wieder zurück in ihre alten Arbeitsverhältnisse mit der Zusicherung einer Lohnerhöhung um 12 Prozent resp. 10 Prozent im kommenden Frühjahr und einer Vermehrung der Ferien von 4 auf 6 Tage im Jahre. Manche Kollegen und Kolleginnen werden über dieses Abkommen ihrem Humut Luft machen. Das sind aber die Schlimmsten nicht. Hier kann die Aufklärung das ihrige tun. Viel unberechenbarer sind die, die sich abseits stellen, ohne die Lage sachlich und taktisch zu prüfen. Diese Kollegen schädigen sich in erster Linie selber. Zweitens aber durchbrechen sie die gefassten Beschlüsse ihres Verbandes und stellen sich teilweise unbewußt außerhalb der geschlossenen Kampffront ihrer organisierten Kollegen.

Wenn der Verband über gefasste Beschlüsse machen, die Kollegen im Rahmen der gefassten Beschlüsse gegen Uebermut und Willkür seitens der Unternehmer schützen soll, dann muß sich jeder, einer für alle und alle für einen, in Disziplin der Gemeinschaft einordnen. Nur so sind wir imstande, für die Zukunft den Fabrikanten begreiflich zu machen, daß mit dem Tabakarbeiter kein Schindluder zu treiben ist, daß auch die Tabakarbeiter einen Faktor bilden, der den Fabrikanten klar macht, daß er mit der menschlichen Arbeitskraft nicht spielen darf, daß nicht der Tabakarbeiter zukünftig jeden Morgen an die Arbeit geht mit dem Bewußtsein, wenn du auch deine ganze Kraft her-

gibst, dich und die deinen erwartet am Wochenschluß doch nur Not und Elend. Wie soll es erst werden, wenn der Körper diese fortwährende Ueberanstrengung nicht mehr tragen kann. Unterernährung und Verzweiflung packt ihn, zermürbt frühzeitig seine Arbeitsfähigkeit.

Gewiß gibt es unter den Tabakarbeitern viele, die noch nicht durch die Schule der Disziplin gegangen sind, die noch immer glauben, wenn wir berechnigte Forderungen stellen und der Verband steht hinter uns, muß es mit dem Teufel zugehen, wenn wir unsere bescheidenen Forderungen nicht durchsetzen. O nein, liebe Kollegen, so ist es nicht, zum Fordern und Durchsetzen gehören Kraft und Einigkeit. Auf der Gegenseite wehrt das Unternehmertum die Versuche einer Schmälerung seiner Profitrate mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln so lange ab, bis wir als Arbeiter stark genug sind, berechnigte Verbesserungen unserer Lebenslage durchzusetzen.

Warum konnten nicht bei etwas gutem Willen diese kleinen Scharmügel in zwei Landesteilen mit einer kleinen Arbeiterzahl durch unser im Tarif festgelegtes Schiedsgericht aus der Welt geschafft werden? Hat man die Gelegenheit benutzen wollen, den Deutschen Tabakarbeiter-Verband zum Weihnachtsfest 1927 zu vernichten? Diese Gedanken bewegen mich, die große Hamburger Aussperrung des Jahres 1890 wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Zum besseren Verständnis der damaligen Vorgänge sollen die nachfolgenden Zeilen dienen:

Wie war es denn vor 37 Jahren? Zigarrenarbeiter und Zigarrensortierer, damals noch getrennt organisiert, litten wie heute unter den niedrigen Löhnen. Die Organisation war schlecht. Insgesamt waren von 3000 im Hamburger Gebiet Beschäftigten zirka 30 bis 40 Prozent im Verband vereinigt. Die Sortierer, die am stärksten organisiert waren, gingen in Teilbewegungen vor. Die Fabrikanten antworteten mit Androhung einer 25prozentigen Aussperrung der Sortierer. Die Arbeiter stellten sofort das Ultimatum: Zurückziehung der Aussperrung oder Gesamtniederlegung der Arbeit der Sortierer. Eines Morgens wurden die Delegierten bei den Fabrikanten vorstellig und am gleichen Abend war restlos die ehrenwörtliche Erklärung der Fabrikanten in unserem Besitz, daß die angedrohte Aussperrung zurückgezogen und Maßregelungen nicht stattfinden sollten. Damit war aber der Fabrikantenverein gesprengt. Eine zusammengesetzte Lohnkommission aus Zigarrenarbeitern und Sortierern blieb aber für alle Fälle bestehen. Später gründete sich dann der Zigarrenfabrikantenverein von 1890 und beschloß, daß, sobald bei einem seiner Mitglieder Differenzen entstehen sollten, die gesamten Tabakarbeiter ausgesperrt werden würden. Im November brachen bei einer Firma Differenzen mit den Zigarrenarbeitern aus. Die Firma bewilligte eine zehnprozentige Lohnerhöhung, machte sie aber durch anderweltige Maßnahmen wieder gegenstandslos. Nunmehr verlangte die Lohnkommission die Sperre über die Fabrik. Die Fabrikanten erhoben Einspruch, weil sie nicht gehört worden seien. „Wir sperren sofort sämtliche Tabakarbeiter aus, wenn ihr euch nicht mit den Firmen einigt“. So standen die Dinge am 22. November 1890. Am 25. November sollte eine Versammlung der Tabakarbeiter zu dieser Situation Stellung nehmen. In der Nacht vom 22. auf den 23. beschlossen die Fabrikanten, den organisierten Tabakarbeitern den Beschluß mitzuteilen, daß dieselben aus ihren Organisationen austreten müßten, widrigenfalls die Gesamtaussperrung der Tabakarbeiter erfolgen würde. Die Lohnkommission bekam aber in derselben Nacht noch Wind von diesem Beschluß. Bevor die Sortierer am Montagmorgen zur Arbeit gingen, war folgender Ausruf in ihrem Besitz:

Freundschaftsclub der Zigarrensortierer

Kollegen!

Seltens des neuen Fabrikantenvereins von 1890 wird heute, Montag, 24. November 1890, ein gewaltiger Angriff gegen anieren Klub unternommen werden. Die Fabrikanten werden den Mitgliedern heute das Ultimatum stellen, entweder aus dem Klub auszutreten oder — sie werden entlassen. Man wird den einzelnen Mitgliedern sogar mehr bieten, ihnen eventuell gute Stellung versprechen usw.

Nach der noch in der vorletzten Woche seitens der Kommission des Fabrikantenvereins der Lohnkommission gegebenen Erklärung, daß die Fabrikanten das Vereinigungsrecht der Arbeiter unter keinen Umständen antasteten würden, ist dieser Streich einer der heimtücklichsten, der sich denken läßt.

Nach reiflicher Erwägung der Sachlage ist die Lohnkommission der Tabakarbeiter zu der Ueberzeugung gekommen, daß gegenüber diesem Gewaltstreik stützliche Bedenken durchaus nicht am Platze sind, daß man in diesem Fall mit genau denselben Mitteln kämpfen muß, wie die Fabrikanten. Wer mit ansehnlichen Massen kämpft, kann von seinem Gegner keine Ehrlichkeit beanspruchen. Wir empfehlen euch, sobald euch das Ultimatum gestellt wird, zunächst um eine Bedenkzeit von 24 Stunden zu ersuchen. Dieselbe wird euch jedenfalls nicht bewilligt werden, gut — dann unterschreibt nach einigem Sträuben ruhig sämtlich, daß ihr austreten wollt. Etwaigen Versuchen von Lohnreduktionen und sonstigen Zumutungen tretet entschieden entgegen und laßt euch nichts gefallen.

Heute abend seid sämtlich in der Versammlung, um dort das Weitere zu beschließen. Wenn wir heute einmütig den Schlag in der angegebenen Weise parieren, so wird dies die Fabrikanten lehren, d. h. derartige Gewaltstreiche unserer geschlossenen Phalanx gegenüber vollständig wirkungslos bleiben.

Bezüglich der Krankenkasse erklärt, daß, wer zwei Jahre Mitglied ist, Mitglied bleiben kann und daß ihr darin bleibt. Dieses Zirkular ist nur den Kollegen mitzuteilen und wird heute abend persönlich von jedem einzelnen wieder zurückgefordert werden.

Die Lohnkommission. J. A.: A. v. Elm.

In den Tagen vom 24. bis zum 26. November hatten alle Zigarrenarbeiter und Sortierer ihre Arbeitsplätze verlassen. Auch die Hausarbeiter, die nicht ausgesperrt waren, legten die Arbeit einmütig nieder. Ueber 3000 Tabakarbeiter, darunter 200 Sortierer, standen am 26. November im Hamburger Gebiet in der Aussperrung. Zweck dieser brutalen Aussperrung war, die beiden verhassten Verbände der Tabakarbeiter zu sprengen. Trotzdem die Lohnkommission noch einmal versuchte, der ungeheuren Verantwortung sich voll bewußt, mit dem Fabrikantenverein zu verhandeln, wurde jedes weitere Zugeständnis brutal abgelehnt. Vermittlungsversuche zwischen Fabrikanten und den Organisationen der Arbeitnehmer durch Private, Behörden und Senat, führten zu keinem Ergebnis. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften bemühte sich, leider ohne Erfolg. Ein im Laufe der Aussperrung von den Fabrikanten gemachter Versuch, eine Streikbrecherorganisation zu gründen, blieb erfolglos. Die ausgesperrten Tabakarbeiter standen wie eine Mauer. Am 13. März 1891 mußten die Tabakarbeiter den Kampf aufgeben. 16 Wochen hatten sie in einem außerordentlich strengen Winter unter ungeheuren Entbehrungen ausgehalten. Nur 15 Mann waren in dieser Zeit Streikbrecher geworden.

Die Ursachen der Niederlage sind darin zu suchen, daß die Zigarrenarbeiter vordem zu schlecht organisiert waren. Daher war ihr Kampffonds entsprechend der großen Zahl der Kämpfer viel zu gering. Sie waren also auf die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft angewiesen, die aber bei der großen Arbeitslosigkeit in dem strengen Winter nur begrenzt sein konnte. Die Fabrikanten konnten ihren Uebermut über unsere Niederlage nicht verkneifen. Bei Antritt unserer Arbeitsstellen verlangten sie unsere Verbandsbücher. Wir hatten aber auch diesen Streich geahnt und unsere Mitgliedsbücher verbandsseitig einziehen lassen. Geschlossen gingen die Tabakarbeiter an ihre alten Plätze zurück. Gleich nach der Aussperrung brachen neue Differenzen aus, weil die organisierten Tabakarbeiter nicht mit den Streikbrechern zusammenarbeiten wollten. Es bestand nämlich seit 1885 ein gelber Verein der Zigarrensortierer, deren Mitglieder auch 1890 während der Aussperrung den Fabrikanten ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten, außerdem einige Hausarbeiter. Die Fabrikanten drohten mit einer zweiten Aussperrung, wenn bis zum 24. März diese Streitigkeiten nicht beendet seien. Diese Streikbrecher, erklärten die Fabrikanten, hätten die Treue zu ihrem Arbeitgeber bewahrt, deshalb verdienten sie ihren ganz besonderen Schutz. Zu einer zweiten Aussperrung kam es nicht mehr.

Warum bringe ich diese alte Erinnerung? Gleichen sie nicht in vielen Einzelheiten dem jetzt beendeten Kampf. Damals wie heute sperrten die Unternehmer zum Zwecke der Niederringung der Organisation zur Weihnachtszeit aus. Damals wie heute elende Löhne und auf der Gegenseite ein verständnisloses Unternehmertum. Anstatt Liebe in der Weihnachtszeit: Haß, Unverständnis und Machtmißbrauch. Aber ein wesentlicher Unterschied besteht: Damals mußte die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werden, weil die Mittel fehlten, während 37 Jahre später der Zigarrenarbeiterschaft ein nicht zu unterschätzender Erfolg beschieden war. Sollen weitere Fortschritte erzielt werden, dann gibt es nur ein Mittel für euch Tabakarbeiter: Organisiert euch restlos im Deutschen Tabakarbeiter-Verband! Laßt alle Eigenbrötelei beiseite, denkt an eure Zukunft, verbindet euch mit euren organisierten Kollegen und ihr seid stark. Ein starker Verband ist das beste Bollwerk gegen jeden Versuch willkürlicher und brutaler Handlung der Unternehmer:

Hinein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband!

Verrat oder Erfolg?

Saben uns unsere Führer verraten, oder ist es doch noch ein Erfolg? so lauten jetzt nach der Aussperrung die Fragen. Viele extreme Verbandsmitglieder werden die erste Frage bejahen und dabei noch Beifall finden bei den Mitgliedern, die sich sonst nirgends um unser gewerkschaftliches Leben kümmern, aber eine Gelegenheit suchen, der Organisation den Rücken zu kehren. Wenn wir aber mal einen kleinen Augenblick nachdenken über sämtliche Kämpfe innerhalb unseres Wirtschaftslebens, dann müssen wir doch zu dem Schluß kommen, es war ein Erfolg, den unsere Führer für uns herausgeholt haben, wenn er sich auch im Augenblick nicht auswirkt. Denn wir müssen immer in Betracht ziehen, es handelte sich nicht um einen Offensivkampf, sondern um einen Defensivkampf. Unter diesen Umständen ist es doch eine hervorragende Leistung, wenn unsere Führer durch ihre kluge Taktik noch einen Erfolg buchen konnten.

Viele Mitglieder sagen nun, wenn noch 8 bis 14 Tage gestreikt worden wäre, dann hätten wir gesiegt. Dieser Ausspruch ist derselbige, den unsere Gegner von rechts immer gebrauchten, als die Revolution ausgebrochen war. Man wird wohl nicht zuviel behaupten, wenn man sagt, daß in vielen Orten ein verlängerter Streik von einem großen Erfolg für die Kollegen gekrönt gewesen wäre, aber für die anderen wäre er ein großes Fiasko geworden. Sehen wir uns hin und stellen die Rechnung auf. Es waren ausgesperrt insgesamt 85 000 Tabakarbeiter, 35 000 arbeiteten weiter. Von diesen Aussperrten waren ungefähr 35 000 Mitglieder unseres Verbandes, der christliche Verband wird vielleicht mit 15 000 beteiligt gewesen sein, macht zusammen 50 000. Dazu kommen denn 35 000 Unorganisierte. Hätten unsere Führer sich auf keine Verhandlungen eingelassen und wären strikte auf ihre eingereichten Forderungen stehen geblieben, dann wären die Verhandlungen gescheitert und der N. d. Z. hätte die Aussperrung zurückgenommen. Die 30 000 Unorganisierten wären gleich in die Betriebe zurückgeströmt. Vielleicht hätten uns auch die Christlichen verlassen, und dann wäre mit der Zeit auch die Not und Sorge bei den streikenden Mitgliedern eingekehrt, wenn auch das höchste Verbandsunterstützung sie über die größte Not hinweggeholfen hätte. Der Wunsch der Unternehmer wäre dann erfüllt: Einen Tarif hätte es nicht mehr gegeben, der Deutsche Tabakarbeiter-Verband wäre geschwächt gewesen und sie hätten wieder wie in der Vorkriegszeit wirtschaften können. Darum, Kollegen und Kolleginnen, wollen wir einmütig der Ansicht sein, daß unsere Verbandsvertreter bei den Verhandlungen das Wohl und Wehe der Mitglieder vertreten haben.

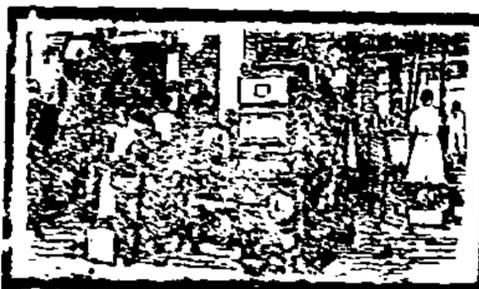
Aber eine große Lehre wird die gewesene Aussperrung auch für uns in der Zukunft sein. Wir müssen Mittel und Wege finden, damit wir unsern Verband ausbauen zu einer Kampforganisation, denn was nützen uns die anderen Unterstützungseinrichtungen, wenn den im Kampfe stehenden Mitgliedern durch eine der Zeit entsprechende Streikunterstützung der Rücken nicht gestärkt wird. Aber auch für die Schulung der Mitglieder muß von unserem Verbandsorgan mehr als je gesorgt werden. Wenn auch unser Verbandsorgan viel zur Bildung u. Aufklärung beiträgt, macht man doch die traurige Wahrnehmung, daß es von einem großen Teil der Mitglieder nicht gelesen wird. Wir müssen auch daran denken, daß das heutige Wirtschaftsleben anders aufgebaut ist als das vor dem Kriege, und in der Zukunft sich noch viel schwieriger gestalten wird. Da werden geschulte Kräfte gebraucht, aber woher nehmen, und nicht stehlen. Wir müssen es machen wie die anderen Verbände, Verbandschulen errichten. Diese Einrichtungen müssen geschaffen werden, wenn wir nicht im Strom der Zeit untergehen wollen.

Nun, Kollegen und Kolleginnen, ist wieder Waffenstillstand in unserem Verufe. Wir müssen daran gehen, unsere Waffen zu stählen zum nächsten Kampfe, unsere Reihen zu stärken, denn unsere Macht liegt in der Stärke des Verbandes. Nun frisch ans Werk, wie es in dem Dichterwort heißt: Immer rüstig vorwärts schreiten, nie ermüdet stille stehn, willst du die Vollendung sehn.

Nun wünsche ich allen Mitgliedern ein frohes Weihnachtsfest. Unterm Weihnachtsbaum wollen wir singen:

Stille Nacht, heilige Nacht,
Tabakarbeiter, all erwacht,
schließ dich fester in unserm Verband,
kämpfen und streiten, in einiger Front,
goldene Früchte als Sieg.

F. P.



Zigarettenindustrie



Eine erbauliche Unternehmerorganisation

Von Hans Knaack sind wir um die Aufnahme des nachstehenden Artikels ersucht worden. Wir kommen diesem Ersuchen nach, ohne uns damit die sachliche Stellungnahme des Verfassers zu den Differenzen zwischen den Berliner und Dresdener Mitgliedern der Reichsgemeinschaft deutscher Zigarettenfabriken zu eigen zu machen. Zum besseren Verständnis sei nur bemerkt, daß die Reichsgemeinschaft aus dem früheren Wielenthal'schen Reichsverband der Zigarettenfabriken mit dem Sitz in Berlin und der Gemeinschaft Deutscher Zigarettenfabriken mit dem Sitz in Dresden und unter der Führung von Professor Kapfner, hervorgegangen ist.

Eine Verhandlung am 15. November vor dem Berliner Arbeitsgericht gestattete außerordentlich lehrreiche Einblicke in die „Reichsgemeinschaft deutscher Zigarettenfabriken“, die ja nicht das erste Mal dem „Tabak-Arbeiter“ Anlaß zu Betrachtungen gegeben hat. Man weiß, daß diese Organisation schon kurz nach ihrem Bestehen ihre Vorsitzenden wechseln mußte, weil dieser in übergroßer Geschäftstüchtigkeit eine Propaganda versucht hatte, die sich gradlinig gegen eine der Hauptziele des Verbandes und gegen die Lebensinteressen seiner Kollegen richtete. Die Folge war ein grenzenloser Haß des abgefügten Dresdener Fabrikanten und seiner Freunde gegen den vermeintlichen Urheber dieser Katastrophe und diejenigen, die durch ihre Stimmabgabe dabei angeblich Hilfsdienste geleistet hatten: die Berliner Mittel- und Kleinindustrie. Dieser auch wirtschaftlich beachtliche Gegensatz zwischen einer Gruppe Dresdener Fabrikanten einerseits und Berliner Fabrikanten andererseits führte zu merkwürdigen Ergebnissen. Die Dresdener trafen mit den Berlinern eine Vereinbarung, deren Zweck es zunächst war, den Berliner Einfluß auszuschalten und die Berliner kaltzustellen. Nachdem dies hinreichend gelungen schien, weigerte sich Dresden einfach, die pekuniären Verpflichtungen zu erfüllen, die es der in Berlin ansässigen Landesgruppe gegenüber eingegangen war:

Es übte eine Geldsperrung, die natürlich nun nicht eigentlich die unbeliebten Berliner Unternehmer, sondern praktisch die in dem Berliner Bureau tätigen Hilfskräfte traf. So hat, wie die erwähnte Verhandlung ergab, der Berliner Geschäftsführer noch heute Gehaltsansprüche, die bis in das Jahr 1928 zurückreichen, und die Stenotypistin hat ebenfalls eine Gehaltsforderung von mehreren Monaten. Bemerkenswert ist, daß diese Geldsperrung, die durch einen eigenartigen Täuschungsversuch noch in besonderes Gepräge hat, daran schuld war, daß der Geschäftsführer eine Operation hinauschieben mußte und infolgedessen so schwer erkrankte, daß er kürzlich wochenlang mit einem qualvollen Tode rang. Er ist zwar wieder durch ein Wunder gerettet worden, aber die vornehmen Herren in Dresden haben auch angesichts dieses Umstandes den traurigen Mut gehabt, den durch einen Berliner Fabrikanten angebahnten Vergleich eigensinnig zurückzuweisen und es auf Klagen ankommen zu lassen.

Da angesichts der Rechtslage ein Ausgang der Klagen kaum zweifelhaft sein dürfte (der Klage der Stenotypistin vor dem Berliner Arbeitsgericht wurde anstandslos stattgegeben), so kann das Verhalten der Herren in Dresden wohl nur als eine Schikane erklärt werden, die sich rücksichtslos über die Existenz und das Leben derjenigen hinwegsetzt, die selbstverständlich gut genug waren, jahrelang ihre besten Kräfte dafür einzusetzen, daß diesen „notleidenden“ Herrschaften möglichst viel Steuererleichterung gewährt wurde. Wenn man die Tabaksteuerkredite betrachtet, auf denen noch heute die überwiegende Mehrzahl der Betriebe aufgebaut ist, die der „Reichsgemeinschaft“ angehören, und daneben auf die riesenhaften Interessen blickt, die sich diese Firmen leisten können (heute sind n. a. fast alle großen Berliner Betriebe Mitglied der „Reichsgemeinschaft“), dann fragt man sich ernstlich, wie es möglich ist, daß eine solche Organisation sich überhaupt derartigen Prozedessen ansetzt, die doch in aller Öffentlichkeit geführt werden und kein Geheimnis bleiben. In jedem Falle bietet sich so ein lehrreicher Beitrag zur Erkenntnis der Geistesverfassung der Arbeitgeber in der deutschen Zigarettenindustrie.

Auf dem Wege zum Monopol

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung am 14. Dezember mit einem vom Reichsfinanzminister vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes. In der Hauptsache handelt es sich dabei um eine Verkürzung der Zahlungsfrist für Tabaksteuerzeichen auf Zigaretten. Während der § 12 des Tabaksteuergesetzes die Frist für die Zahlung des Steuerwertes entnommener Tabaksteuerzeichen bisher bei allen tabaksteuerpflichtigen Erzeugnissen einheitlich festsetzte, und zwar im Höchstmaß auf 3 Monate und 18 Tage, soll die Frist bei Zigaretten nach dem Entwurf in Zukunft auf höchstens 2 Monate beschränkt werden. Um jedoch zu verhindern, daß die Zigarettenindustrie plötzlich übermäßig belastet wird, ist vorgesehen, daß die Zahlungsfrist allmählich und zwar von Monat zu Monat um je 2 Tage zu kürzen ist. Der Beharrungszustand würde demnach, wenn das Gesetz am 1. Februar 1928 in Kraft tritt, mit Beginn des Dezember 1929 erreicht sein.

Weiter soll dem Reichsfinanzminister zur Abwendung einer Gefährdung des Gesamteueraufkommens das Recht eingeräumt werden, die Abgabe von Tabaksteuerzeichen für Zigaretten einzelnen Betrieben gegenüber von Bedingungen abhängig zu machen. Schon Mitte Mai dieses Jahres hatte der Reichsfinanzminister Grundsätze herausgegeben (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 22), deren Nichtinhaltung zur Folge hatte, daß den in Betracht kommenden Betrieben Steuerzeichen für Zigaretten nur noch gegen Barzahlung oder gegen Leistung voller Sicherheit ausgehändigt wurden. Die für den Reichsfinanzminister in Aussicht genommene Ermächtigung soll nun praktisch dazu dienen, daß künftig auch solche Betriebe, die bisher in der Lage waren, ihre Steuerzeichen für Zigaretten bar bezahlen zu können, sich den damals veröffentlichten Grundsätzen unterzuordnen haben. Außerdem soll die dem Reichsfinanzminister zu gebende Vollmacht die Möglichkeit bieten, Abänderungen oder Verbesserungen der Grundsätze, die von den beteiligten Kreisen angestrebt und von der Reichsregierung gebilligt werden, durchzusetzen, soweit sie im Interesse des Steueraufkommens liegen.

Soweit Inhalt und Zweck des Gesetzentwurfes zur Abänderung des Tabaksteuergesetzes. Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates haben nun nach einer allgemeinen Aussprache zur weiteren Behandlung des Gesetzentwurfes einen zwölfgliedrigen Ausschuß gebildet, der Mitte Januar wieder zusammentritt und dabei auch Vertreter des Handels, der Unternehmer und der Arbeiter aus der Zigarettenindustrie als Sachverständige hören soll. Ohne den Ausführungen des Vertreters der Zigarettenarbeiterschaft vorzugreifen, kann schon jetzt gesagt werden, daß gegen die Tendenz des vorliegenden Gesetzentwurfes, die ja auch im Rahmen der Monopolentschließung unseres Nordhäuser Verbandstages liegt, keine Einwände zu erheben sind. Fraglich ist allerdings, ob der in Aussicht genommene Weg zu dem gewünschten Ziele führen wird. Besser wäre es, schon gleich ganze Arbeit zu machen und die Zigarettenherstellung unter staatlichem Einfluß straff zusammenzufassen. Ob ein solches Gebilde dann Monopol oder Zwangsmonopol genannt würde, wäre nebensächlich.

Sonderunterstützung in Griechenland

In Griechenland liegt augenblicklich ein Gesetzentwurf über die Arbeitslosenzwangsversicherung vor. Ohne die Verabschiedung dieses Gesetzes abzuwarten, hat der Wirtschaftsminister einen Erlass über die Schaffung einer besonderen Versicherungskasse für Tabakarbeiter erlassen. Nach dem Wortlaut der Verordnung sind alle Tabakarbeiter beiderlei Geschlechts unterstützungsberechtigt, wenn sie jährlich mindestens 135 Tage beschäftigt waren. Als Arbeitslosigkeit gilt lediglich die Arbeitslosigkeit zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember. Bei Vorliegen besonderer Umstände sind Ausnahmen zulässig. Nach einer Karenzzeit von 15 Tagen wird die Unterstützung für die ganze Dauer der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit gewährt, sofern die finanziellen Verhältnisse der Kasse dies gestatten.